Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 115

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.40, vierteljährlich Mk. 22.85 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgeb. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, 10. März

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile (6 ₰). Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Nebenausgabe nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die deutsche Delegation wieder in Berlin

Vertagung der Kabinettssitzung

(Von unserem Sonderberichterstatter)

h. Berlin, 9. März.

Die Ankunft des Zuges mit der deutschen Delegation aus London gestaltete sich zu einer großen Kundgebung. Schon vor der Ankunft war der Platz vor dem Potsdamer Bahnhof mit einer unübersehbaren Menschenmenge angefüllt. Kurz vor Ankunft des Zuges, der mit großer Verspätung gegen 7 Uhr einlief, erschienen auch der Reichskanzler, sowie die Gemahlin des Dr. Simons. Als Dr. Simons den Zug verließ, herrschte zunächst feierliche Stille. Dr. Archenhold von der Berliner Sternwarte begrüßte Dr. Simons mit Worten des Dankes. Dr. Simons wurde hierauf vom Reichskanzler begrüßt, an den er folgende Worte richtete: „Herr Reichskanzler, wir haben getan, was wir tun konnten. Jetzt sind wir gekommen, um der Regierung Rechenschaft abzulegen", worauf der Reichskanzler erwiderte: „Wir wissen, was Sie getan haben. Sie besitzen unser volles Vertrauen." Dann brach die Menge in Hurrarufe aus, die kein Ende nehmen wollten. Es wurden „Die Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über alles" angestimmt. Dr. Simons wollte noch eine kurze Ansprache an die Menge richten, war aber dazu nicht imstande, da die Rede andauernd von Hurrarufen übertönt wurde. Darauf trat er die Heimfahrt nach seiner Wohnung an. Die heutige Kabinettssitzung wurde, da Dr. Simons von der Reise überanstrengt ist, auf morgen verschoben.

Dämmert es?

× Paris, 9. März.

Es wird immer deutlicher, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, insbesondere die 50prozentige Besteuerung der deutschen Ausfuhr, bei den Alliierten selbst auf große Abneigung stößt. Sogar große Teile der englischen Handels- und Industriewelt erheben gegen diese Maßnahme ebenso heftigen Widerspruch wie gegen das angekündigte Dumpinggesetz. Man befürchtet, daß der deutsche Handel durch Vermeidung solcher Maßnahmen den Weg nach Amerika und den neutralen Staaten nehmen werde. In der City von London ist man besonders erbittert, da das ganze Geschäft mit Deutschland ins Stocken geraten ist. Die Deutschen ziehen alle Aufträge zurück. Man sagt in der City, es sei gerade so wie zu Beginn des Krieges.

In seinem Leitartikel sagt der Temps, in den Beziehungen zu Deutschland sei von heute ab eine neue Lage geschaffen. Man müsse daraus eine Lehre und einen Schluß ziehen, d. h. ein Programm vorschlagen. Die Lehre findet der Temps darin, daß Lloyd George in der Unterhausrede von der 50prozentigen Abgabe von der Einfuhr deutscher Waren gesprochen habe. Dieses System werde wie eine Beschränkung der deutschen Einfuhr wirken. Man könne der britischen Regierung daraus keinen Vorwurf machen, denn wenn Deutschland weniger exportiere, würden die englischen Arbeitslosen leichter Beschäftigung finden. Der Temps weist schließlich darauf hin, daß die Organisierung des Zollsystems im Rheinland an Bedeutung nicht hinter der Besetzung der rheinischen Häfen zurücksteke. Schließlich spricht er von der Notwendigkeit, ein Programm aufzustellen, da Deutschland das Pariser Abkommen abgelehnt habe, müsse man zur einfachen Ausführung des Friedensvertrages zurückkehren. Der Vertrag erfordere nach Artikel 235, daß Deutschland bis zum 1. Mai 20 Milliarden Goldmark zahle. Es handele sich also darum, zu entscheiden, wie man zur Reisch[illegible] dieses Betrages, von dem 8 Milliarden (?) bezahlt seien, gelangen könne. Außerdem erfordere Artikel 233, daß die Reparationskommission vor dem 1. Mai die Gesamtverpflichtungen festlege. Das sei ein Arbeitsprogramm. Temps hofft, daß die alliierten Regierungen sich nicht trennen würden, bevor die Durchführung sichergestellt sei.

*

Einige Worte, die Lloyd George am Schluß der Montagssitzung des Obersten Rates gesprochen habe, hätten, wie Berliner schreibt, darauf schließen lassen, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen nur ausgeführt werden sollten, wenn die militärischen Maßnahmen erschöpft und ihr Ergebnis für unbefriedigend befunden worden sei. Das sei ein Standpunkt, den die französische Regierung nicht annehmen könne. Die militärischen Zwangsmaßnahmen seien als notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen anerkannt worden. Sie sollten hauptsächlich dazu dienen, die Versorgung der Rheinlande, die als autonomes Wirtschaftsgebiet konstituiert werden sollen, mit Kohlen sicherzustellen. Berliner sagt weiter, die französische Regierung wolle heute die sofortige Inkraftsetzung der im Artikel 270 des Friedensvertrages festgesetzten Bestimmungen verlangen. Sie würde die sofortige Aufrichtung der Zollinie an der Grenze der Brückenköpfe verlangen und außerdem die Erhebung der Zölle an der französisch-deutschen, belgisch-deutschen und holländisch-deutschen Grenze. Die Waren, die vom unbesetzten deutschen Gebiet nach den Rheinlanden gingen, sollten mit einer Sonderstiftabgabe belegt werden, während die Ausfuhr des Rheinlandes nach dem Reich mit einem Zoll ad valorem belegt werden müsse. Das sei aber nur der erste Schritt zu einem umfassenden Regime. Schließlich müsse die Konferenz heute noch über die 50prozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren beraten, deren Genehmigung den verschiedenen alliierten Parlamenten zustehe. In dieser Frage solle Belgien sich passiv verhalten. Japan spreche von dem geringen Handel mit Deutschland, und Graf Sforza habe die Feindseligkeit des italienischen Parlaments gegen diese Abgabe betont. Berliner selbst, der die Maßnahme als eine Konfiszierung bezeichnet, glaubt nicht an ihre Dauer, da hierdurch der deutsche Handel nach Amerika und den neutralen europäischen Staaten getrieben werde. Die Alliierten selbst würden diese Maßnahme in keinen allgemeinen Reparationsplan aufnehmen.

In einem Artikel des „Populaire" wird gesagt, eine Taxe von 30 Prozent auf die deutsche Ausfuhr wirke rein prohibitiv. Die englische Taxe hätte unfehlbar zur Folge, zu verhindern, daß die Franzosen in Deutschland Rohstoffe und Waren kaufen könnten, die sie dort billiger fänden. Diese Taxe sei eine Niederlage für Frankreich.

Die Proklamation der Besatzungsarmee

× Düsseldorf, 9. März.

Die Proklamation der Besatzungsarmee an die Bevölkerung Düsseldorfs lautet folgendermaßen:

Die offiziellen Vertreter der deutschen Regierung haben in der Londoner Konferenz Vorschläge unterbreitet, welche beweisen, daß die deutsche Regierung die eingegangenen Verpflichtungen als Folge ihrer Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht nachkommen will. Gegenüber dieser Haltung sehen sich die alliierten Mächte gezwungen, zu Sanktionen zu greifen. Sie haben einstimmig beschlossen, sich neue Garantien zu sichern, um die deutsche Regierung zu zwingen, die Klauseln des Vertrages durchzuführen. Infolgedessen haben die alliierten Truppen den Befehl erhalten, als Pfand Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besetzen.

Diese Besetzung stellt in keiner Weise eine feindliche Maßnahme gegenüber der Bevölkerung dar unter dem Vorbehalt der genauesten Befolgung der Anordnungen, welche die militärischen Autoritäten für unerläßlich halten.

Es werden dem wirtschaftlichen Leben keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Die arbeitende Bevölkerung wird nicht nur ungehindert arbeiten können, die alliierten Autoritäten sind sogar bereit, ihr Los zu verbessern und insbesondere für ihre Ernährung Sorge zu tragen. Das alliierte Kommando wird in diesem neu besetzten Gebiet ein Regime der Freiheit und Ordnung herrschen lassen, unter welchem das Land gedeihen soll.

Reichsschatzministerium und Innenministerium

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 9. März.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Die Unabhängigen Ledebour und Genossen interpellieren wegen der Preissteigerungen und Arbeitsverhältnisse in der Kaliindustrie und fordern Sozialisierung derselben. — Regierungsseitig wird die Beantwortung der Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist in Aussicht gestellt.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsschatzministeriums.

Abg. Hammer (Deutschnat.) begründet seinen Antrag auf ein Reichsgesetz, daß bei Vergebung der Leistungen und Lieferungen durch das Reich oder die Länder Grundsätze eingestellt werden, die sich namentlich auch auf die Vergebung solcher Aufträge an Handwerker und deren Vereinigungen beziehen. Im Interesse des Mittelstandes muß mit der bisherigen Art des Submissionswesens gebrochen und der Handwerker ohne Weiteres mit der betreffenden Arbeit betraut werden. Speziell in der jetzigen Zeit, wo Hunderte von Millionen für neue Siedlungen und andere gemeinnützige Zwecke ausgegeben werden, müssen Maßnahmen getroffen werden, um solche gemeinnützigen Verbände, auch die selbständigen Handwerker, zum Wettbewerb mit heranzuziehen.

Abg. Lange-Hegermann (Ztr.) hält den Antrag nicht für annehmbar. Er sei einfach nicht durchzuführen, da die Länder sich nicht daran kehren würden. Seine Partei bitte, den Antrag Allefotte anzunehmen.

Abg. Hausmann (D. Vpt.) hält das Submissionswesen ebenfalls für nicht zweckmäßig. Seine Partei sei auch gegen die Produktivgenossenschaften. Das neue Handwerkergesetz, das in Bälde zu erwarten sei, werde ja die Angelegenheit regeln. Er halte daher die beiden genannten Anträge für nicht zweckmäßig.

Abg. Simon-Franken (Soz.) nimmt die Arbeiterproduktivgenossenschaften gegen die Unterstellung in Schutz, als ob sie dem Handwerk Schwierigkeiten machen wollen.

Der Antrag Hammer wird im Wege des Hammelsprungs mit 202 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Der Zentrumsantrag Allefotte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Riener (Deutschnat.) führt Beschwerde darüber, daß Militärbäckereien den Handwerkerbetrieben vielfach Konkurrenz bereiten.

Abg. Bruhn (Deutschnat.) verlangt Berücksichtigung der Wünsche der Inspektoren der ehemaligen Heeresverwaltung. Der Redner kommt dann nochmals auf den Vertrag der Deutschen Handels- und Landwirtschaftsgesellschaft zurück, der das Reich um Millionen geschädigt habe.

Abg. Hartleib (Soz.) verlangt bessere Entlohnung für die Arbeiter in den beim Reichsschatzministerium unterstellten Betrieben.

Reichsschatzminister Dr. Raumer: Der Abgeordnete Kahmann will alle wirtschaftlichen Fragen nach politischen Theorien regeln. Ich gehe aber an solche Fragen heran unter dem Gesichtspunkt, wie am besten die Produktivität gesteigert werden kann. Das hat mich geleitet bei der Angelegenheit der westfälischen Elektrizitätswerke und bei meinem Eingreifen zum Kahnvertrag. Gegen die Deutschen Werke habe ich keine Antipathie. Ich habe gerade in der Kahn-Angelegenheit ihre Interessen gefördert. Von der Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden Handwerks und Mittelstandes bin ich so überzeugt, daß der Mittelstand meiner Förderung sicher sein kann. Ich bemühe mich auch nach Kräften, die Techniker mehr als bisher zur Verwaltung heranzuziehen. Die Militärbäckereien dürfen nicht an Private liefern. Wo mir Uebergriffe angezeigt werden, schreite ich ein. Die Klagen über unzureichende Arbeiterentlohnung sind unberechtigt; die Entlohnungsgrundsätze sind vom Arbeitsministerium aufgestellt. Das Elektrizitätswirtschaftsgesetz läßt sich leider bis zum 1. April nicht fertigstellen.

Abg. Koch (Soz.) fordert ein energisches Einschreiten gegen Schiebungen wie sie im Handel bei der Verwertung des Heeresgutes vorgekommen sein sollen. Daran sei die Frankfurter Metallgesellschaft beteiligt. Regierungsrat Linneberg vom Reichsschatzministerium habe durch sein Gutachten die Anwendung eines illegalen Verfahrens bei der Gewichtsangabe ermöglicht. Dem Redner, der der Sache nachging, seien von den Beamten des Ministeriums eingestandenermaßen falsche Zahlen angegeben worden. Regierungsrat Linneberg habe sich also bestechen lassen oder er sei unfähig. Dieser Beamte sei aber nach diesem Vorgang zum Ministerialdirektor ernannt worden, obwohl der Personalreferent über die Angelegenheit unterrichtet gewesen sei. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Schatzminister Raumer: Der vorgetragene Fall hat sich vor meinem Amtsantritt zugetragen. Jeder, der mich kennt, wird mir glauben, daß ich gegen jede Korruption unnachsichtlich einschreiten werde. Mich impressionniert die Mentalität des Abgeordneten Koch, der es fertig bringt, von der Tribüne solche Anschuldigungen gegen einen hohen Beamten zu richten. Solange er nicht Beweise dafür vorbringt, muß ich mich schützend vor meine Beamten stellen.

Abg. Dorsch (Dn.) führt Beschwerde über die Bedingungen, unter denen den Landwirten die Pferde von den Militärbehörden verkauft werden.

Abg. Koch (Soz.): Ich habe mich je an das Ministerium gewendet. Nachdem ich von Regierungsrat Linneberg getäuscht war, habe ich mich an den Staatssekretär Goldtuhe gewendet. Dann wurde ich wieder ein Jahr hingehalten. Ich habe dem Minister dieselbe Sache im Ausschuß vorgetragen, aber er hat mich mit der Antwort abspeisen wollen, daß Herr Linneberg wegen seiner Fähigkeiten befördert worden sei, dieser Beamte, der eine Gewichtsdifferenz von 100 000 Kilo entweder nicht gemerkt oder gar verschwiegen hat.

Minister Raumer: Was den Fall sachlich betrifft, so ist ja bereits eine Untersuchung eingeleitet. Wenn Abgeordneter Koch aber gemeint hat, daß möglicherweise eine Bestechung vorliege, so muß man doch mit solchen Ausführungen recht zurückhaltend sein. Ich erinnere nur an den Fall Bauer-Schiffmann. Unser Beamtenstand ist gottlob nicht so korrupt, daß solche Vorwürfe angebracht erscheinen. Solange mir nicht strikte Beweise vorgebracht werden, muß ich mich vor meine Beamten stellen.

Staatssekretär Walter erklärt, bei den Pferdeverkäufen werde so verfahren, daß man den Landwirten die Pferde lasse, wenn sie sich zur Nachzahlung der Differenz entschließen.

Abg. Dorsch (Dn.) betont demgegenüber, daß die Soldaten bei der Demobilmachung vielfach ihre Pferde einfach im Stiche ließen. Wenn die Landwirte sich der Tiere nicht angenommen hätten, wären Tausende verloren gegangen. Das solle man den Landwirten nicht vergessen. An der ganzen Sache trage nur die Revolution die Schuld.

Abg. Simon-Franken (U. S.) protestiert gegen diese Aeußerung. Die Schuld liege auf Seiten der Kriegsverbrecher. (Großer Lärm und Protestrufe.)

Der Rest des Schatzetats wird sodann genehmigt.

Es folgt der Haushalt des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erstattet den Ausschußbericht.

Abg. Dr. Braun (Soz.): Es bestehen immer noch viel zu viele Kriegsgesellschaften, zum Teil unter anderen Namen. Das Reichsauswanderungsamt ist überflüssig. Seine Anworten lauten immer: Wandert nicht aus! Redner greift dann den Minister Koch an wegen einer Rede in Bremen und wegen verschiedener Schreiben und Aufrufe, die starken polizeilichen Geist zeigten. Im Namen meiner Partei stelle ich an den Minister die Frage, wann die Gesetze über Volksbegehren und Volksentscheid endlich kommen. Auch die Abfindung der Hohenzollern sollte der Volksentscheidung vorbehalten werden.

Abg. Dr. v. Delbrück (Deutschn.): Die allgemeine politische Lage ist nicht zu weltlichtigen politischen Erörterungen angetan. Der Haushaltsplan für 1920 gibt ein treues Bild von den Nöten und Sorgen des deutschen Volkes. Dabei entfaltet er noch viele Hoffnungen und Entwürfe. Aus der beigefügten Denkschrift sehen wir nichts von einer zielbewußten Organisation und Sparsamkeit, sondern an vielen Stellen nur ein starkes Neben- und Durcheinander. In der Weimarer Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103101-19/fragment/page=0001

fassung kommt ein überspannter Parlamentarismus zum Ausdruck. Die auf ihr begründeten Regierungen sind im allgemeinen viel zu schwach, um die großen Aufgaben unserer Zeit durchzuführen. Viele Ministerien sind hyperstrophisch, andere sind seit Monaten unbesetzt. Die Minister hängen zu sehr von ihren Ressortchefs ab. Wir müssen zu den alten Richtlinien zurückkehren. Den Prozeß der Aufsaugung der Einzelstaaten und der Autonomie der Provinzen braucht man nicht zu beschleunigen. Die notwendige Entwicklung vollzieht sich von selbst. Das Reich muß seinen föderativen Charakter behalten. Eine große Rolle spielen die neuen Aufgaben, die dem Reichsministerium aus der Volksbildung und Volkserziehung erwachsen sind. Mit den Aufgaben sind auch die Ausgaben enorm gewachsen. Leider lassen sich heim besten Willen nicht einfach Aktische machen. Die Sicherheitspolizei ist nach der Verfassung Sache der Länder. Es soll uns noch eine reichsgesetzliche Schlichtungsordnung. Die Rheinlandkommission geht weiter über ihre Befugnisse hinaus, namentlich die deutschen Beamten werden ganz willkürlich gemaßregelt. Redner bespricht sodann die einzelnen Positionen des Etats und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß in der Frage des Wiederaufbaues in sittlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht eine einheitliche Fühlung aller Parteien zustandegekommen ist. Die Entschließung des Ausschusses, die Kadettenanstalten unter Loslösung von den Ländern auf das Reich zu übernehmen, genügt uns nicht. Wir haben daher beantragt, die bestehenden Kadettenanstalten da aufzulösen, wo sie vorhandenen höheren Lehranstalten die Existenzbedingungen nehmen würden, überall dort aber, wo die alten Kadettenanstalten notwendig sind, um die bisherigen Zöglinge zur Abschlußprüfung zu bringen oder wo die Fürsorge für militärische Voll- oder Halbwaisen es verlangt, die alten Kadettenanstalten zu erhalten. Ebenso fordern wir eine Denkschrift über Tätigkeit und Organisation des Reichsamtes, des Amtes erforderlich ist oder eine Abteilung des Ministeriums mit seinen Aufgaben betraut werden kann.

Reichsminister Koch: Ich bin völlig mit den Vorrednern darin einverstanden, daß wir auch unter den gegenwärtigen Umständen die kulturellen Anforderungen nicht zurückstellen können. Eine Sparsamkeit auf diesem Gebiet würde schlechte Früchte tragen, zumal mit den kulturellen Fragen wirtschaftliche eng verbunden sind. Wenn uns nun in Zukunft noch zugemutet wird, von unserem Absatz an das Ausland hohe Prozentsätze abzugeben, so werden wir das nur können, wenn wir kulturell auf der Höhe bleiben. Gegen den Vorwurf, als ob ich ein Gegner der Sparsamkeit bin, muß ich Protest erheben. Ich fühle mich vielmehr mit den Entschließungen des Reichstages völlig einverstanden. Dem Abgeordneten Braun möchte ich erwidern, ob er mir nur ein Gesetz nennen kann, das entbehrlich sein kann. Von einem Ueberreifer meines Ministeriums bei der Gesetzmacherei kann keine Rede sein. Wir erlassen Gesetze nur auf Veranlassung des Hauses. Wenn andererseits Abgeordneter n. Delbrück über eine Ueberhandnahme des Parlamentarismus spricht, so möchte ich wissen, wie er das ändern will, nachdem durch die Verfassung unser parlamentarisches System sichergestellt ist. Die Schuld an unseren Kinderkrankheiten liegt nicht am Parlamentarismus, sondern daran, daß wir uns an den Uebergang aus einer Zeit des Wohlstandes in die jetzige Lage noch nicht gewöhnt haben. Eine Reform des Parlamentarismus ist allerdings notwendig, aber nur im Sinne einer Vertiefung. Daß gewisse Ministerien aus Sparsamkeitsrücksichten zusammengelegt werden können, leuchtet ein. Das Wiederaufbauministerium könnte z. B. ganz verschwinden. Andererseits werden die übrigbleibenden Ministerien wieder entsprechend verstärkt werden müssen. Die Regierung hat daher einen interparlamentarischen Ausschuß eingesetzt, von dessen Gutachten es abhängen wird, was im Sinne der Herbeiführung größerer Sparsamkeit zu tun sein wird. Was das Verhältnis des Reiches zu Preußen anbelangt, so wäre es falsch, leugnen zu wollen, daß hier Uebelstände vorliegen. Das ist aber auch beim alten Gesetz der Fall gewesen. Allerdings hat die Hegemonieſtellung Preußens im neuen Staate aufhören müssen. Die Schwierigkeiten liegen nicht in der politischen Konstellation der Parteien, sondern in den Zuständigkeitsfragen, z. B. sind Oberschlesien und Ostpreußen, die Frage des Rheinlandes Angelegenheiten, die weder reine Reichsangelegenheiten noch rein preußische Angelegenheiten sind. Daher muß versucht werden, eine engere Fühlung zwischen Reich und Preußen herbeizuführen. Ich weise aber den Gedanken von mir, diese auf dem Wege der Zerschlagung Preußens zu suchen. In diesem Augenblick, wo die Entente Hand an uns legt, wäre es verfehlt, staatspolitische Fragen über die Umgestaltung Preußens auf die Tagesordnung zu setzen, und in seinen ohnehin zuckenden Körper noch mehr Verwirrung zu bringen. Eine Ausdehnung des Machtbereiches der Reichsregierung liegt dabei nicht in unserm Interesse. Wenn es uns aber nicht gelingt, den Reichsgedanken soweit in den Ländern durchzusetzen, kommen wir nicht durch. Die Sparversuche haben sich in der Praxis nicht als durchführbar erwiesen, da die Unterbringung der durch die Landverluste kriegsgewordenen Beamten sowie die sonstigen Folgen des Krieges und Friedens unserm Vaterlande Notwendigkeiten auferlegt haben, gegen die wir machtlos sind. Das Reiches Aufgabe ist es, einheitliche Schulregeln aufzustellen. Daran lassen wir auch von den Ländern nicht rütteln. Andererseits möchte ich aber in der Schule namentlich die sorgende Hand der Gemeinden nicht missen. Hier muß eine verständige Einteilung eintreten. Die Frage der Auswanderung muß vom Reiche eingehend geprüft werden, um die Auswanderung qualifizierter Kräfte möglichst zu beschränken. Dazu brauchen wir das Reichswanderungsamt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich gegen dessen Abbau ausgesprochen. Das Reich kann keineswegs die Polizei entbehren, das beweisen schon die vielen kleinen Anfragen im Reichstage. Es liegt eine gewisse Gefahr darin, daß das Reich nicht über eine einheitliche Polizei verfügt. So lange das nicht der Fall ist, kann ich nicht verantwortlich gemacht werden für mangelhaftes Durchgreifen gegen die Orgesch und gegen das internationale Verbrechertum. Wir brauchen eine Reichskriminalpolizei. Die Ueberarbeit der interalliierten Kommission gegenüber pflichtgetreuen Beamten der Landesbehörden nehmen immer mehr zu. (Hört! hört!) Das Rheinlandkommen bietet durchaus keine rechtliche Handhabe zu solchen Eingriffen in unsere Verwaltung. Ich schließe mit dem Dank an unsere pflichttreue Beamtenschaft im besetzten Gebiet, die jetzt noch schwereren Zeiten entgegengeht. (Lebh. Beifall.)

Die Weiterberatung wird dann auf Donnerstag 1 Uhr nachmittags vertagt.

Ein deutsches Weißbuch über London

W. Berlin, 9. März.

Ueber den Gang der Londoner Verhandlungen wird im Auswärtigen Amt ein Weißbuch ausgearbeitet, das dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Kaum vor Ostern

w. London, 9. März.

Im Unterhause erklärte Bonar Law, daß der Gesetzentwurf betreffend die Abgabe von 50 Prozent des Wertes deutscher Einfuhrwaren an das Schatzamt, wohl kaum vor Ostern eingebracht werden könne.

Die Stellung Dr. Simons' erschüttert

b. München, 9. März.

Die Uebereinstimmung zwischen London und Berlin scheint, soweit Dr. Simons in Frage kommt, doch nicht so gewesen zu sein, wie man bisher geglaubt hat. Es ist bezeichnend, daß die „Münchener Neuesten Nachrichten" sowohl wie die „München-Augsburger-Abendzeitung" beide nach einer anderen Richtung hin Meldungen bringen, als ob auf Grund der Londoner Verhandlungen eine Aenderung des Reichskabinetts, soweit Dr. Simons in Frage kommt, zu erwarten sei, und daß die deutschen Gesandten in London, Paris und Brüssel auf ihre Posten kaum zurückkehren werden. Die „München-Augsburger-Abendzeitung" bringt von ihrem Berliner Vertreter folgendes Telegramm: Der Minister des Aeußern Dr. Simons hat in London durch ein besonderes Telegramm der deutschen Regierung desavouiert werden müssen, weil er über die ihm gesteckten Grenzen hinausgegangen ist. Vollends unglücklich war seine letzte Rede nach Bekanntgabe des Eintritts der Sanktionen, wo er nur noch die sofortige Abreise hätte verkünden können; stattdessen hat er die Hoffnung auf weiteres Verhandeln ausgesprochen. Wie wir von führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren, glaubt die Partei, die weitere Belastung ihres Kontos durch Simons nicht ertragen zu können. Auch innerhalb der anderen Koalitionsparteien ist man dem Minister des Aeußern gegenüber außerordentlich abgekühlt. Auf jeden Fall wäre seine Stellung, wenn wir noch einmal an den Konferenztisch gehen sollten, als Verhandlungsführer unmöglich, während wir umgekehrt die Hände wieder frei bekämen, wenn er als desavouierter Minister alsbald in der Versenkung verschwände. Es hat somit den Anschein, als ob er sein Portefeuille nicht behalten dürfte. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" kommentieren die Meldung, daß Dr. Mayer aus Paris, Sthamer aus London und Landsberg aus Brüssel nach Berlin entboten wurden, dahin, daß es fraglich erscheine, ob die Gesandten wieder auf ihre Posten zurückkehren werden. L. Z. erfährt zu dieser letzten Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten" aus diplomatischen Kreisen, daß man im Reichskabinett einigermaßen erstaunt war, wie wenig in London sowohl wie in Paris die deutschen Vertreter für die Londoner Konferenz, sagen wir, Vorbereitungen getroffen hatten. Es hätte möglich sein müssen, daß sie, wie die französischen und englischen Staatsmänner, einigermaßen mehr mit dem ganzen Problem hätten befaßt sein müssen als dies tatsächlich der Fall war.

Die Regierungsbildung in Preußen

W. T. B. berichtet:

Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages hat in ihrer ersten Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt und angesichts der ablehnenden Haltung der Mehrheitssozialisten an die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei die Aufforderung gerichtet, alsbald in Verhandlungen über die Herstellung einer geeigneten Regierungsgrundlage für Preußen einzutreten.

Die Schuld am Kriege

Dem Februar-Hefte der Zeitschrift „Auf Vorposten" entnehmen wir folgendes:

Im Frühjahr 1918 teilte die russische Regierung der Kommission für Staatsverteidigung in der Duma mit, die englische und italienische Regierung hätten vor einigen Monaten die Erklärung abgegeben, daß die Frankreich in einem Kriege mit Deutschland unterstützen würden. Darauf befürwortete der Ausschuß die Forderung von 5 Milliarden zur Ausrüstung und Vermehrung des Heeres, die von der Duma mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Das „schmählichste Verbrechen"

Am Schlusse seines Montagsartikels gelegentlich einer Betrachtung der sich aus den Pariser Forderungen der Entente ergebenden Möglichkeiten ruft Herr Theodor Wolff im „B. T." zur Kaltblütigkeit und Einigkeit auf und prägt dabei folgende Worte:

Dann wird den Verbohrtesten klar werden müssen, daß Meuterei auf einem vom Sturm gepeitschten Schiffe als schmähliches Verbrechen gilt.

Schade, daß Herrn Wolff diese richtige Erkenntnis so spät kommt. Als die Meuterer vom 9. November 1918 das deutsche Staatsschiff zum Untergang brachten und bereits vorher jenen durch gewaltsame Demokratisierung der Weg gebahnt wurde, da war derselbe Herr einer von denjenigen, welche den Sieg der Demokratie verherrlichten. Sind Sie bereit, Herr Wolff, alle Konsequenzen aus Ihren oben genannten Worten zu ziehen?

Frankreich verkauft deutsche Kohle

W. Berlin, 9. März.

Nach hier vorliegenden zuverlässigen Nachrichten bestätigt es sich, daß tatsächlich ein Verkauf von deutscher Reparationskohle seitens Frankreichs und Belgiens nach Holland stattgefunden hat. Es handelt sich um 450 000 Tonnen. Es ist dies ein Beweis, daß Kohlenmangel sowohl in Frankreich als auch in Belgien nicht besteht.

Der Aufstand in Sowjet-Rußland

Kalinin, Präsident des Exekutivausschusses von Petersburg, hat eine Proklamation erlassen, in der er von den schwersten Unruhen in Rußland spricht. Auch in Moskau sind Unruhen ausgebrochen und dehnen sich weiter aus. In Tarnow haben sich die roten Truppen erhoben. In Petersburg haben gestern morgen wieder Straßenkämpfe begonnen. Die Seeleute aus Kronstadt haben den Arbeitern Kanonen geschickt, mit denen diese das Feuer auf die von den Sowjetbehörden herbeigeführten Bajonetten eröffnet haben.

Der „Times"-Berichterstatter vernimmt aus Riga: Die Kommunisten in Petersburg stellten den Kronstädtern Bedingungen für die Einstellung des Kampfes. Die Antwort war die Aufforderung, Petersburg zu übergeben. Als dies verweigert wurde, begannen acht Kriegsschiffe von Kronstadt her die Beschießung von Petersburg. Die Beschießung rief eine große Panik unter den roten Truppen und den Kommunisten hervor. Die ganze Garnison besteht aus fünf Regimentern. Eine Anzahl Kommunisten wurde erschossen.

Die Kommunistische Partei fordert für Donnerstag zu einer Massendemonstration im Lustgarten auf, die das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland fordern soll.

Eine englisch-französisch-deutsche Konferenz. Wie die „Freiheit" mitteilt, ist in einer Besprechung des Zentralkomitees der U. S. P. D. mit Vertretern der französischen Partei in Ausführung eines Vorschlages des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs beschlossen worden, in nächster Zeit eine englisch-französisch-deutsche Arbeiterkonferenz einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage und der gegenwärtigen Krise befassen wird.

Die Erbin von Lohberg

11] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

Windmüller war von Rom her, dessen Klima im Sommer ja auch stellenweise an einen Backofen erinnert, solche Wärmegrade gewöhnt und warf darum einen sehnsuchtsvollen Blick auf die herrliche, von zahllosen Strebepfeilern, Statuen und hoch aufragenden Spitzen geschmückte Fassade des Domes, als er sich der Via Torina zuwandte, auf deren Schattenseite ihn erst eine lange Wanderung bis zu der gesuchten Hausnummer brachte, an welcher ein Schild die darin befindliche Pension Trevuli im dritten Stock ankündigte. Drei recht steile, hohe Treppen waren es, die er in dem durchaus nicht eleganten, ja schäbigen Hause emporzusteigen hatte, und nachdem er an der mit stark verräucherten Vorhängen innen verhüllten Glastür geläutet, öffnete ihm ein noch ziemlich junger Mann in Hemdärmeln, der sich auf die Frage nach dem Padrone oder der Padrona als der Inhaber der Pension Trevuli vorstellte, und ihn höflich, aber ohne seinen fehlenden Rock und sein unrasiertes Gesicht zu entschuldigen, in den „Salotto" führte, der mit jener in solch billigen, italienischen Gasthäusern ülichen, farbenfrohen und verschlissenen „Eleganz" ausgestattet, im übrigen hoch und geräumig war.

„Sie suchen ein Zimmer bei mir, Signor?" begann der Padrone händereibend. „Eine ganz kleine Camera hätte ich wohl noch frei; wenn Sie sich ein paar Tage damit begnügen könnten, bis ein größeres Zimmer frei wird. — — unsere Küche, die ich selbst besorge, denn ich bin Koch von Beruf und war früher Chef in einem großen Albergo in Como, ist eccellentissima —„

„Ich suche kein Zimmer, sondern wollte nur um eine Auskunft bitten", unterbrach Windmüller die Anpreisung der Kochkunst Signor Trevulis. „Erinnern Sie sich, im vorigen Jahre um diese Zeit eine junge Dame, Engländerin, als Gast bei sich gehabt zu haben?"

„Ah, der Signor meint jedenfalls die Signorina Ashfield, — eine sehr schöne, junge Dame mit goldblondem Haar und dunklen Augen!" fiel der Padrone ein. „Ja, ich erinnere mich ihrer sehr gut; denn sie war die einzige Engländerin, die noch bei uns war. Wir haben im ganzen nur inländische Kundschaft, hin und wieder kommt auch wohl ein deutscher Maler, der in der Brera kopiert. Gia!"

„Miß Ashfield ist die Dame, die ich meine", nahm Windmüller wieder das Wort. „War sie lange bei Ihnen?"

„Nun, es mögen ungefähr sechs Wochen gewesen sein. Die Signorina wurde von den Künstlern, unseren Gästen, sehr bewundert, aber sie lebte ganz zurückgezogen und ließ sich nur sehr, sehr selten hier im Salotto sehen, wo meine Gäste abends nach dem Kranzo immer sehr gesellig beisammen sind. Da wird gesungen, deklamiert, getanzt, lebende Bilder werden gestellt, e tutti quanti. Der Signor sollten wirklich zu uns kommen, — es würde Ihnen sehr bei uns gefallen. Solch schöne Zimmer, wie wir haben, und unsere Küche ist einfach großartig; dabei die Preise discrettissimi!" begeisterte sich Signor Trevuli für seine Gaststätte mit freundlichem Zureden.

„Ich bin überzeugt, daß es nirgends in Mailand so vortrefflich ist, als in Ihrem Haus, aber ich bin nur auf der Durchreise hier", wehrte Windmüller verbindlichst ab. „Um auf Miß Ashfield zurückzukommen: Wissen Sie, wohin sie abgereist ist?"

„Sie hat es uns nicht gesagt, aber mein Facchino, welcher der Signorina ihr Gepäck auf den Bahnhof brachte, hörte am Schalter, daß sie ein Billett nach Padua löste", erwiderte der Padrone.

„Oh, also nach Padua", wiederholte Windmüller. „Ist sie allein abgereist?"

„Soviel ich weiß, ja, Signor. Sie ist auch allein gekommen und hat meines Wissens keine Bekanntschaften hier gehabt, wenigstens hat sie Besuche hier nicht empfangen — mit Ausnahme des alten Herrn, welcher — —" Signor Trevuli stockte, zuckte mit den Achseln und spreizte die Hände aus, die mit deutlichen Spuren von Tomatensaft geziert waren, und fuhr dann lebhaft fort: „Nun, warum soll ich es nicht sagen, da der Signor sich doch für die Signorina Ingleze interessiert: der alte Herr, der für sie bezahlt hat. Sehen Sie, Signor, — die junge Dame war doch schon wochenlang bei uns, ohne ihre Rechnung beglichen zu haben, die wir mit jeder abgelaufenen Woche unseren Gästen überreichen. Nun, es kommt schon vor, daß der eine oder der andere vergißt, zu bezahlen, — mit anderen Worten: er hat das Geld nicht und wartet, bis er es hat. Man ist ja kein Unmensch und mahnt doch nur, wenn sich die Bezahlung allzulange hinauszieht. Gia! Nun, das war eben auch mit der Signorina Ingleze der Fall, — per Bacco, — ein Geschäft kann doch nur blühen und gedeihen, wenn es auf Bezahlung basiert! Ich mußte die Signorina endlich doch einmal an die Rechnung erinnern, und da sie mir sagte, sie habe nach England um Geld geschrieben und erwartet es jeden Tag, so wartete ich noch, trotzdem mir schien, als ob — — Va bene, das Geld aus England ließ auf sich warten, und eines Tages kam ein alter Herr mit langem, schneeweißem Bart und sonderbar hellen Augen die Signorina besuchen. Er blieb sehr lange bei ihr, kam dann aus ihrer Stube zu mir und bezahlte nicht nur die volle Schuld der Signorina, sondern auch noch die Pension für sie für volle zwei Wochen im voraus. Sie ist aber nicht mehr so lange geblieben und war so gütig, auf die Herauszahlung des ihr gutgeschriebenen Betrages zu verzichten, den ich zu Trinkgeldern an die Cameriera und den Facchino verwenden sollte, was auch geschehen ist. Ich habe also über die Signorina Ashfield in keiner Weise zu klagen."

„Nun, das freut mich", sagte Windmüller, der sehr aufmerksam zugehört. „Wissen Sie den Namen des Herrn mit dem weißen Bart?"

„Bedauere sehr, — nein, Signor", erwiderte der Padrone. „Die Signorina hat nicht über ihn gesprochen und er hat sich mir nicht genannt. Ich weiß nur, wo er hier in Mailand gewohnt hat, das heißt, ich nehme an, daß es seine Adresse war, die er der Signorina von der Treppe aus noch zurief, als er wieder wegging. Ich war nämlich gerade im Korridor draußen, als er von ihr herauskam; die Signorina lief ihm nach und fragte: Albergo Rebecca? und noch etwas dazu, was ich nicht verstand, und er erwiderte laut und langsam: „Albergo Rebecchino, Camera ventidue", Rebecchino ist ein sehr bekanntes Hotel-Restaurant oben am Domplatz, Signor. Und ich hätte mich gewiß alles dessen nicht so erinnert, wenn nicht die ganze Sache etwas — nun, etwas außergewöhnlich gewesen wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103101-19/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 10. März.

— **Eine Besprechung der deutschnationalen Landtagsvertreter,** welche im nationalen Ordnungsblock im Regierungsbezirk Merseburg gewählt worden sind, fand am 8. März in der Geschäftsstelle des deutschnationalen Landesverbandes in Halle statt; es sind dies die Herren: Landeshauptmann Freiherr von Milinowski (Wahlkreis Eckartsberga), Oberbürgermeister Dr. Rive (Wahlkreis Halle-Stadt), Landrat Dr. Gerke (Wahlkreis Torgau), Pfarrer Mähl (Wahlkreis Wittenberg), Rittergutsbesitzer Plöß (Wahlkreis Delitzsch), Landrat a. D. Freiherr von Wolmershausen (Wahlkreis Bitterfeld), Rittergutsbesitzer Dr. Augustin (Wahlkreis Schweinitz), Landwirt Klinge (Wahlkreis Weißenfels-Land), praktischer Arzt Dr. Stange (Wahlkreis Mansfelder Seekreis), Oberlandesgerichtsrat Cludius (Wahlkreis Naumburg). Bei den Wahlen für den Staatsrat, in welchen vom sächsischen Provinziallandtag sechs Mitglieder zu wählen sind, sowie über die Wahl des Landeshauptmanns fand eine eingehende Aussprache statt. Ferner wurde der Zusammentritt aller deutschnationalen Landtagsabgeordneten der Provinz Sachsen für Montag, den 21. März 1921, vormittags 10 Uhr im Ständehaus Merseburg beschlossen. Am Nachmittag des 8. März fand eine weitere längere Vorstandssitzung des deutschnationalen Landesverbandes statt, zu welcher die neugewählten deutschnationalen Landtagsabgeordneten Landwirt Boos-Modrehna und Geheimrat von Drynander-Berlin erschienen waren. In einer eingehenden Aussprache behandelte man das Wahlergebnis in den einzelnen Kreisvereinen und den Weiterausbau der Organisation im Regierungsbezirk Merseburg.

— **Ein völliger Umbau und eine Erweiterung des Halleschen Güterbahnhofes** ist, wie auf eine Anfrage im Haupt-Ausschuß des Reichstages bei der Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums erwidert wurde, geplant. Hinsichtlich des Personenbahnhofes, der bekanntlich dem Riesenverkehr nicht mehr genügt, besteht zurzeit die Absicht eines Erweiterungsbaues noch nicht. Indessen werde die Frage jetzt erneut der Prüfung unterzogen werden. — Die Fertigstellung des Bahnhofs Weißenfels soll mit der größten Schnelligkeit betrieben werden.

— **Im Familienbund der Paulus-Gemeinde** spricht am 10. März abends 8 Uhr im Gemeindehaus, Hohenzollernstraße 11, an Stelle des Professors D. Guntel Landmesser Eschenhagen, Merseburg, über „Wanderungen durch das obere Saaletal". Mit Lichtbildern.

— **Der Verein für Aquarien- und Terrarienkunde „Lynnaeum"** veranstaltete in „Bad Wittekind" seinen ersten diesjährigen Gesellschaftsabend. Sämtliche Darbietungen waren, wie auch die Einladungen, dem Stil des 16. Jahrhunderts angepaßt. Durch Mitglieder wurden drei Fastnachtsschwänke von Hans Sachs unter Mitwirkung einer Landsknechtkapelle dargestellt. Herr Philipp fang das Wächterlied von Hugo Wolf. Herr Metz brachte auf dem Flügel das Vorspiel zum 3. Akt der „Meistersinger". Nach dem Gesamteindruck kann man sagen, daß sämtlichen Mitwirkenden die stilgerechte Darstellung vollauf gelungen ist. Zweck der Veranstaltung war, für die Besetzung einer Freitischbank im „Zoo" einen Fonds zu schaffen.

— **Siegfried Wagners neueste Oper „Sonnenflammen"** wurde am 1. Oktober vor. J. erstmalig am Dresdener Landestheater aufgeführt und zwar unter großem Beifall des ausverkauften Hauses. Der „Dresdner Anzeiger" berichtet über diesen Abend: Nach Darmstadt und Schwerin hat nun auch Dresden Siegfried Wagners „Sonnenflammen" kennen gelernt. Das gab dem äußeren Verlauf nach wieder einmal einen großen Abend: Mit einer Art Auffahrt, mit ausverkauftem Haus festlicher Beleuchtung, festlichen Toiletten, viel Fremdenpublikum. Und mit einem starken Erfolg. Nach dem ersten Akt hielt sich der Beifall mit reichlich einem halben Dutzend Hervorrufen in normalen Grenzen. Nach dem zweiten wurde er stürmisch, nach dem dritten tosend. So etwa ein viertelhundert Mal mag der Vorhang hoch gegangen sein, um der Reihe nach alles zu zeigen, was an diesem Abend am Bau war, im Mittelpunkt den Dichterkomponisten, der einen riesigen Eichenkranz davon trug, denn ein deutscher Abend war's. Das ist das Beste, was man sagen kann. (Karten für das hiesige Konzert bei Heinrich Hothan.)

— **Carlo von der Popp,** der durch seine lustigen Lichtbildervorträge hier seit Jahren beliebte Rezitator, gibt heute, Donnerstag, einen zweiten lustigen Kindernachmittag mit „Max und Moritz und Fips der Affe". Am Abend folgt für Erwachsene Herr und Frau Knopp, Jüschen und anderes von Wilhelm Busch. Karten bei Hothan.

— **Dreister Diebstahl.** Bei einem Arzt in der Magdeburger Straße wurde am 5. d. M. während der Nachmittagssprechstunde aus dem Wartezimmer ein nußbaumfurnierter Rokokostuhl im Werte von 140 M. gestohlen. Der Täter ist 25—30 Jahre alt, 1,60—1,65 groß, schlank, blond, hat Blatternarben im Gesicht, die Mundwinkel sind anscheinend infolge einer Operation stark nach unten gezogen. Bekleidung: grau-schwarz-weißes Jackett, anscheinend zu groß, dunkle Hose, hellgrauer weicher Hut (Kesselform), ohne Kragen. Wer zur Ermittlung des Täters oder des Stuhles Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Familien-Nachrichten.

Todesfälle: Am 8. März Kaufmann Karl Dauer im 35. Lebensjahr. — Am 7. März Maschinenmeister Willy Wagner im 28. Lebensjahr. — Am 7. März Dienstmann August Bunth im 71. Lebensjahr. — Am 8. März Antonie Staper geb. Bügler im 88. Lebensjahr. — Am 7. März Else Schmidt im 4 Lebensjahr. — Am 8. März Erna Berndt im 22. Lebensjahr. — Am 8. März Amalie Perschmann geb. Recke im 64. Lebensjahr. — Am 8. März Karlchen Blume im 1. Lebensjahr.

Prozeß Sonnenfeld

(Zehnter Verhandlungstag.)

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schulze, mit, daß der holländische Staat auch in gen der in dem neuen Haftbefehl angeführten Straftaten das Auslieferungsverfahren bewilligt hat.

Es folgt hierauf die Erörterung der dem Angekl. Hermann Sonnenfeld zur Last gelegten Erpressung gegen Georg Sklarz, der dann als Zeuge vernommen wird. Er gibt zunächst eine Schilderung der Entstehung der Markeiendepot. Von den Truppenteilen waren Klagen an ihn gekommen, daß sie nichts zu essen hätten. Es kam darauf an, schnell zu handeln. Er habe mehrere 100 000 Kronen in Dänemark flüssig gemacht und die Sache damit in Schuß gebracht. Dann ging er in die Schweiz, um die Sache dort zu betreiben, weil er daraus ein großes Geschäft machen wollte. Es handelte sich um einige 100 000 Mann, die als Abnehmer in Betracht kamen und ich dachte daran, eine Aktiengesellschaft für den Einkauf und Import zu bilden.

Bei der weiteren Verhandlung stellt der Rechtsanwalt Grünspach die Frage: Ist es richtig, Herr Zeuge, daß Ihre Gespräche häufig von den Offizieren der Gardekavallerie-Schützendivision abgemacht wurden? — Zeuge: Ja, mir ist im Februar mitgeteilt worden, daß eine Gruppe von Offizieren dieser Division mit einem besonderen Apparat nicht nur meine Gespräche, sondern aus sonst die Privatgespräche des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und insbesondere der unabhängigen Abgeordneten abhörten. Der Urheber dieser Gesprächskontrolle soll der Hauptmann Schulz gewesen sein. Ich habe deswegen Reichswehrminister Gießberts zur Rede gestellt, der erklärte, daß er nichts veranlaßt habe und nichts davon wüßte. Nach weiteren Aussagen des Zeugen wurden die Gesprächsüberwachungen gegen ihn ausgenommen. — Rechtsanw. Grünspach: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gegen Herrn Sklarz seinerzeit ein Kesseltreiben auch von amtlicher Stelle stattfand, wohl infolge der Telephonüberwachung. — Dann richtet der Vorsitzende folgende Frage an den Zeugen: Herr Sklarz, es wird behauptet, daß schon 1919 Offiziere einen Rechtsputsch geplant hätten und daß sich daraus die Ueberwachung der Ministerien erkläre. — Zeuge: Näheres weiß ich nicht darüber. Charakteristisch ist aber, daß Hauptmann v. Pabst, der ja einer der Haupttreiber des Kapp-Putsches war, die Ueberwachung angeordnet hatte. — Vors.: Wissen Sie, ob Ihre Person mit diesen Gerüchten von einem geplanten Rechtsputsch in Verbindung gebracht worden ist? — Zeuge: Das habe ich in Weimar am eigenen Leibe gemerkt. — Vors.: Wollen Sie nähere Angaben darüber machen? — Zeuge: Nein, ich will nicht näher darauf eingehen.

Es wird dann auf die Frage eingegangen, weswegen Ernst Sonnenfeld glauben konnte, daß Regreßansprüche gegen ihn geltend gemacht werden können. Ernst Sonnenfeld führt dazu an, daß Sklarz die Anweisung gegeben habe, eine Quittung über 250 000 Mk. für Lebensmittel auszustellen und damit zum Reichspräsidenten gegangen sei, um sich das Geld auszahlen zu lassen. Ihm sei später der Verdacht aufgestiegen, daß da eine Schiebung vorliege. Zeuge Sklarz: Herr Sonnenfeld würden Sie als Zeuge beschwören können, daß Sie geglaubt haben, ich habe eine unlautere Handlung begangen? Die Sache ist doch schon im Januar 1919 klargestellt. (Der Zeuge äußert: dem Gericht das Protokoll.) — Vors.: Weshalb behaupten Sie, Ernst Sonnenfeld, also das jetzt noch immer? — Angekl. Ernst Sonnenfeld: Damals glaubte ich es. Nachdem ich aber die Abrechnungen gemacht und die Belege bekommen habe, glaube ich es nicht mehr. — Zeuge Sklarz: Das ist doch alles falsch. Ich habe doch zuerst nur Rohvorschüsse bekommen, die Beträge habe ich den Einkäufern für Lebensmittel als Vorschuß gegeben. Von einer Doppelrechnung kann also gar keine Rede sein. Das wissen Sie ganz genau, Herr Sonnenfeld.

Zu dieser Frage sollen noch Sachverständige gehört und weitere Buchbelege geprüft werden. Auf die Vorladung des Reichspräsidenten verzichtet die Verteidigung. Zu der nächsten Sitzung, die erst Donnerstag stattfindet, soll auch der frühere Reichstagsabgeordnete Davidsohn geladen werden. Der Vorsitzende hofft, noch in dieser Woche mit der Beweisaufnahme zu Ende zu kommen.

Provinz Sachsen

— **Eilenburg,** 9. März. (Der Polizeiobermeister-Bezirksverein Merseburg) (Sitz Halle) hielt hier seine Bezirksversammlung ab. Vertreten waren die Vereine aus Magdeburg, Weißenfels, Naumburg, Eisleben, Zeitz, Delitzsch, Halle, Torgau, außerdem der Sächsische Verband der Polizeibeamten aus Leipzig und Wurzen und Abgeordnete der Staatlichen Schutzpolizei. Der Hauptzweck der Versammlung war neben der Besprechung innerer Verbandsangelegenheiten die Vereinigung der „blauen" mit der „grünen" Polizei und deren Verstaatlichung. Als Ort für die nächste Versammlung, die Anfang Juli stattfinden soll, wurde Weißenfels bestimmt.

tk. **Eilenburg,** 9. März. (Salz anstatt Zucker.) In romantischer Aufmachung, die an die Messefahrer des Mittelalters erinnert, ziehen gegenwärtig zweimeilige Schreiben durch das Thüringer Land, um Zuckerverkäufe abzuschließen. Nachmittags kommen sie im Wagen in abgelegene Dörfer, wo sie ihre „Verträge" abschließen und versprechen, bei Einbruch der Dunkelheit mit ihrem Krampwagen die Ware zu bringen. Der tatsächlich kommende Wagen entpuppt sich als Salzsäcke, die als Zucker mit 1800 Mark (900 Mark für den Zentner) bezahlt werden. Der Gefoppte verzichtet sich die schiebelustigen Käufer auf schnellste Art, ohne den Inhalt anzusehen, so daß sie den Schaden erst gewahr werden, wenn es zu spät ist. Bisher ist man den frech auftretenden Schwindlern nicht auf die Spur gekommen.

tk. **Eisenberg,** 9. März. (Ein schweres Unglück) ereignete sich in Königshofen. Dort scheuten die Pferde eines Geschirrs, auf dem sich der Gutsbesitzer E. Wulischner und ein Dienstknecht aus Königshofen, sowie ein junger Mann befanden. Der Knecht, der die Pferde lenkte, wurde vom Wagen geschleudert, überfahren und sofort getötet. Wulischner, der im Kriege eine schwere Kopfverletzung davongetragen hatte, stürzte ebenfalls vom Wagen und wurde besinnungslos in seine Wohnung geschafft. Der noch auf dem Geschirr befindliche junge Mann war mit dem Schrecken davongekommen.

Kleine Provinznachrichten

Die Gothaer Transportarbeiter traten in einen Lohnstreik, dem sich die Landarbeiter anschlossen. * Der kommunistische Stadtrat Klüdner in Halberstadt ist in der Sonnabendsitzung der K. P. D. ausgeschlossen worden, da er nach Ansicht der Genossen in den Stadtgeschäften zu wenig die Interessen der Partei wahrgenommen hat. * In dem Manufakturwarengeschäft von H. Gräfe in Cöthen drückten Einbrecher eine Scheibe ein, verschafften sich dadurch Zugang zum Laden und entwendeten neben einem größeren Vorrat von Stoffe im Werte von 10 000 Mark. * Der bekannte Kammerjäger Stanislaus Müller, der die ganze Harzgegend aufgewühlt hat, konnte jetzt wegen Urkundenfälschung in Bayern verhaftet werden. * In Thale (Harz) ist die Domdeyische Käserei mit allen Einrichtungen und Vorräten niedergebrannt. * Auf dem Gehöft des Landwirts Schnaders in Wasserleben bei Wernigerode brach, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, ein großes Schadenfeuer aus, bei dem zwei gefüllte Scheunen und die Stallungen niederbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden.

Volkswirtschaft

Von der Leipziger Messe

wird und berichtet: 110 000 Meßabzeichen waren bis Mittwoch mittag verkauft, also 10 000 mehr als am Dienstag. Im Laufe des Mittwoch begann der Verkehr und damit auch das Geschäft allerdings etwas abzuflauen. Das ist mit auf die Gepflogenheit des Hauptteils der Einkäufer, zu ihren Geschäftsabschlüssen die beiden ersten Meßtage zu benutzen, zurückzuführen. Man ist von ihr umso weniger abgewichen, als man mit einem Sinken der Preise während der Dauer der Messe nicht rechnet. Die Preise sind ja in den meisten Branchen noch immer hoch. Die Einkäufer klagen vielfach darüber, und für die Geschäftsentwicklung ist das immerhin ein Hemmnis. Die Orders bleiben deshalb in ihrer Höhe vielfach hinter den Erwartungen der Aussteller zurück. Diese selbst urteilen — sogar innerhalb derselben Branchen — über den Verlauf des Meßgeschäfts sehr verschieden, so daß man ein klares Bild über den Umfang mancher Industrieerzeugnisse schwer gewinnt. So ist z. B. das Geschäft in Porzellanirdenwaren schlechter als zur Frühjahrsmesse 1920, wobei man allerdings beachten muß, daß diese in die Zeit der Hochkonjunktur fiel. Dagegen ist es wiederum besser als das auf der Herbstmesse 1920. Andererseits wurde Geschirrporzellan gut gekauft, obgleich gerade hierin noch viele frühere Aufträge des Ausfuhr harren. In Spielwaren ist das Geschäft ganz verschieden. Puppen sind recht gut bestellt, während die Aufträge in erzgebirgischen und Thüringer Spielwaren nicht die erwartete Höhe erreicht haben sollen. Die Inlandskundschaft hat sich hier durch die letzten politischen Vorgänge beeinflussen lassen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß das Weihnachtsgeschäft nicht günstig ausgefallen und das Detailgeschäft im Januar und Februar sehr schleppend war, so daß die Lage immer noch eine unerwünschte blieb. In der Möbelmesse macht sich eine gewisse Zurückhaltung der Käufer bemerkbar, eine Folge der darniederliegenden Bautätigkeit. In Holz- und Korbwaren hat sich das Geschäft leidlich gestaltet. Erhöhtes Interesse fanden Leiter- und Kinderwagen. In der Metallbranche ist das Geschäft sehr unterschiedlich, ebenso bei den Beleuchtungskörpern. Die Verpackungsmittelmesse wies einen sehr lebhaften Verkehr auf, der auf einen guten Geschäftsgang schließen läßt. Im großen und ganzen ist das Geschäft überall im Fluß, so daß ein abschließendes Urteil an diesem dritten Meßtage sich noch nicht fällen läßt.

* **Leipziger Malzfabrik, Akt.-Ges. in Schkeuditz bei Leipzig.** Zu der bereits mitgeteilten Verschmelzung wird jetzt noch bekannt, daß es sich bei dem Unternehmen, welches das Vermögen der Gesellschaft übernehmen soll, um die Aktien der Malzfabrik Langensalza handelt.

Uebersicht über die Finanzgebarung des Reichs vom 21. bis 28. Februar 1921. Die Einnahmen betrugen 4 392 277 000 Mark und 94 649 285 000 Mark vom 1. April 1920. Die Ausgaben betrugen 4 018 147 000 Mark und 79 191 491 000 Mk.; bei den Betriebsverwaltungen (Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und Reichseisenbahnverwaltung) 4 391 828 000 Mk. und 96 648 986 000 Mark. Die schwebende Schuld betrug 161 649 887 000 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 9. März. Da sich noch nicht übersehen läßt, welche Einwirkungen die Errichtung der Zollgrenze am Rhein und die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort auf die wirtschaftliche und politische Lage haben werden, hielt sich an der Börse die Unternehmungslust in sehr engen Grenzen, so daß das Geschäft auf allen Märkten wieder recht still blieb. Auch das Publikum war als Verkäufer kaum am Markte. Die Kursbewegung war anfangs unregelmäßig. Mäßigen Besserungen, die aber nur ganz vereinzelt 10 Prozent erreichten, standen ebenfalsche Rückgänge gegenüber. Im Verlaufe aber vermochten anfängliche Rückgänge zumeist wieder hereingebracht zu werden, so daß die Haltung als fest zu bezeichnen war. Der Rückgang des Markkurses bewirkte weitere Kurssteigerungen für ausländische und Valutawerte, so für Mexikaner, Baltimore, Kanada und Deutsch-Ueberseeische-Aktien, sowie natürlich am Devisenmarkt ein weiteres erhebliches Anziehen der Preise für ausländische Zahlungsmittel. Lebhafter waren die Umsätze zeitweilig in Rheinmetallaktien bei einer Kurssteigerung von 20 Prozent, angeblich auf Interessenahme der A. E. G. an diesem Unternehmen. Heimische Renten veränderten ihren Kursstand wiederum nur unerheblich.

Produktenbericht. Berlin, 9. März. Der Rückgang des Markkurses und die Befestigung der ausländischen Devisenpreise hatten die Tendenz etwas befestigt. Bei knapperem Angebot in bahnständiger Ware und naher Lieferung mußten für Mais etwas erhöhte Forderungen bewilligt werden. Bezugsscheine blieben angeboten; für weiße wurden 44—45 M., für rote 80 M. bezahlt. Für Hülsenfrüchte trat etwas vorsichtigere Kaufneigung hervor, da die Warenbesitzer weitere Zugeständnisse nicht mehr machen und eher auf höhere Preise halten. Ähnlich ist die Lage auch für Lupinen und Serradella.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 100 kg ab Station.

	9. März	8. März
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	130—140	130—140
kleine	120—125	120—125
Futtererbsen	105—112	105—112
Linsen	—	—
Peluschken	98—105	98—105
Ackerbohnen	110—116	110—116
Wicken	98—105	98—105
Lupinen, blaue	50—56	50—56
„ gelbe	65—70	65—70
Seradella, alte	—	—
„ neue	56—60	56—60
Viein villosa	—	—
Heu	250—255	250—255
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	250—280	250—280
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, inländische	—	—
„ ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	50—53	50—53
Torfmelasse	47—50	47—50
Hackselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	21—23	21—23
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	18½—19	18½—19
„ gebündelt	18—19	18—19
Roggen-Langstroh	20—21	20—21
Runkelrüben	7—8	7—8
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	149	146
„ per März	144—146	141

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 9. März. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1570/1600	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	2850
Orig.-Hütten-Weichblei	490/500	Zinn (Straits-Straits-Billton)	4350/4400
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	580/590	Hüttenzinnmind. 99%	4250
Remelted-Platten-Zink	370/80	Reinnickel (98-99%)	3850
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	2750	Antimon (Regulus)	4200
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	700
		Elektrolytkupfer per 100 kg	965/975

Letzte Devisenkurse. Berlin, 7. März.

	Geld	Brief
Italien	231.50	232.00
London	249.50	2 0.00
New-York	64.65½	64.19½
Paris	471.50	452.00
Schweiz	107.90	1076.10
Spanien	884.10	885.90

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 9. März.

Chemnitzer Bankverein	200,—	Leipziger Malzfabrik	200,—
Leipziger Hypothekenbank	158,—	Mansfelder Kuxe	4500,—
Mitteldeutsche Privatbank	200,—	Oelsnitzer Kuxe	880,—
Cröllwitzer Papierf.	480,—	Pittler, Leipzig	430,—
Glauziger Zuckerfbr.	587,—	Prehlitzer Stamm-A	—
Gr. Leipziger Straßenbahn	6,—	„ Prioritäts-Akt.	—
Hallesche Zuckerraff.	300,50	Riebeckbier	195,—
Portland-Zement	156,50	do. Vorzugsaktien	114,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	240,—	Rositzer Zuckerfabr.	338,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	426,—	Rudolstadter Zementfabrik	165,75
		Sachsenwerk	303,—
		Sondermann & Stier	204,—
		Stöhr & Co.	490,—
		Zimmermann, Halle	172,—
		Zimmermann, Chemnitz	2.5,—

Hauptschriftleiter: Hermann Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Hermann Böttcher; für politische Rundschau i. A. Gustav Wasserfuhr; für Volkswirtschaft, Handel u. Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottgetreu. Für den Anzeigenteil: Paul Lerchen, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103101-19/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 9. März.

(Die 8 Uhr notierten Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Bankdiskonte

Reichsb.-Dist. 3%, Lombardzins 4%, Holland 3½%, Belgien 3%, Christiania 5%, Kopenhagen 3%, Helsingfors 5%, London 3%, Madrid 4%, Paris 3%, Prag 4%, Schweiz 3%, Spanien 5%, Wien 4½%, Ost.-Ungarn 5%, Warschau 7%, Sofia 6%, Budap. —

Devisenkurse.

	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	169.22	169.56	169.22	169.56
Belgien	57.95	58.07	57.95	58.07
Norwegen	112.35	112.57	112.35	112.57
Dänemark	112.35	112.57	112.35	112.57
Schweden	112.35	112.57	112.35	112.57
Finnland	10.53	10.55	10.53	10.55
Italien	64.20	64.32	64.20	64.32
London	20.42	20.46	20.42	20.46
New York	4.187	4.195	4.187	4.195
Schweiz	80.94	81.10	80.94	81.10
Prag	12.41	12.43	12.41	12.43
Budapest	73.41	73.55	73.41	73.55
Sofia	3.04	3.06	3.04	3.06
Madrid	74.59	74.73	74.59	74.73
Konstantinopel	2.47	2.49	2.47	2.49
Japan	1.93	1.95	1.93	1.95
Buenos Aires	1.803	1.807	1.803	1.807
Rio de Janeiro	0.4	0.4	0.4	0.4

Deutsche Anleihen

	heut. Kurs	vorriger Kurs
Reichsanleihe	200.75	200.75
Reichsschatzanl.	97.50	97.50
Reichsschatzanl.	97.50	97.50
Reichsschatzanl.	97.50	97.50